

23. September 1905 Auf dem Parteitag in Jena wird eine Resolution, Streik auch als politische Waffe zu verwenden, angenommen. Ein Jahr später wird diese durch das „Mannheimer Abkommen“ wesentlich wieder abgeschwächt.

25. September 1912 Die Deutsche Bücherei, Vorgängereinrichtung der Deutschen Nationalbibliothek, wird durch den Börsenverein der Deutschen Buchhändler zu Leipzig, die Stadt Leipzig und das Königreich Sachsen gegründet.

Linkes Blatt DIE LINKE.

16. Ausgabe / 22. Jahrgang

Für Halle

18. September 2012

Helferinnen und Helfer / Mitmacherinnen und Mitmacher gesucht

(mb) Am 29.09.2012 wird der Stadtverband Halle im Rahmen des bundesweiten Aktionstages „Umfairteilen – Reichtum besteuern“ auf dem Markt mehrere Aktionen durchführen.

Solche Aktionen leben von den vielen, die sie unterstützen und aktiv begleiten.

Wir möchten z. B. anhand runder Kuchen/Torten mittels Tortendiagramme die Ungleichverteilung des Reichtums in Deutschland verdeutlichen. Dazu brauchen wir viele runde Torten, deren Oberfläche nach Möglichkeit glatt sein sollte, um sie mit Kuchenstiften beschriften zu können. Wichtig ist auch, dass die Kuchen/Torten keine Buttercreme enthalten dürfen. Klingt komisch, ist aber so.

Die Torten/Kuchen können direkt am 29.09.2012 ab 10.00 Uhr an unserem Stand abgegeben werden oder am 28.09.2012 von 10.00 – 16.00 Uhr in der Geschäftsstelle in der Blumenstraße. Einige Kuchen-Tortenversprechen haben wir schon. Um besser planen zu können wäre es schön, wenn diejenigen, die sich am Backen beteiligen, eine kurze Rückmeldung in die Geschäftsstelle geben würden.

Aber wir brauchen auch viele Genossinnen und Genossen, die mit da sind, um unsere geplanten Aktionen auch durchführen zu können.

Am 25.09.2012 werden sich ab 10.00 Uhr Aktivistinnen und Aktivistinnen in der Blumenstraße treffen, um symbolische Geldsäckchen zu füllen und andere Materialien, wie z.B. Schautafeln, zu fertigen. Auch hier sind alle Genossinnen und Genossen zum Mitmachen eingeladen.

Unterstützung haben uns auch die linksjugend[‘solid] Halle und Burgenlandkreis zugesagt.

Wir wollen mit unserer Präsenz an diesem bundesweiten Aktionstag für unsere politischen Ziele werben und gleichzeitig die Bürgerinnen und Bürger ermutigen, sich einzubrin-

gen in die gegenwärtig stattfindende gesellschaftliche Diskussion, aktiv mit zu tun an einer Veränderung der Gesellschaft, in der nicht mehr die Banken gerettet werden, sondern ein allen nützlicher sozial-ökologischer Umbau stattfindet.

Aus dem Programm der Partei DIE LINKE:

„Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Die Profiteure des Finanzkapitalismus, der Umverteilungspolitik und der Bankenrettungsaktionen der Staaten müssen an den Kosten der Krisenbewältigung und eines sozial-ökologischen Umbaus beteiligt werden. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer in Form einer Millionärssteuer in Höhe von fünf Prozent jährlich auf private Millionenvermögen.“

UmFAIRteilen
Reichtum ist teilbar:
Millionärsteuer jetzt!

Thema:

Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum ESM

Klage der LINKEN stärkt Rechte des Bundestages

Dietmar Bartsch, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, erklärt in Karlsruhe zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts: „Das Bundesverfassungsgericht hat mit seiner Begründung die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages ausdrücklich gestärkt. Es gibt keinerlei Unterlagen, auch geheime, die den ESM betreffen, die nicht vom Deutschen Bundestag eingesehen werden dürfen. Das Bundesverfassungsgericht hat eindeutig eine Haftungsobergrenze Deutschlands von 190 Milliarden Euro beim ESM festgelegt, die auf gar keinen Fall ohne Zustimmung des Bundestages überschritten werden darf. Wichtigster Punkt ist, dass das Gesetz zum ESM-Vertrag vom Bundespräsidenten vordem verbindlichen völkerrechtlichen Klarstellungen nicht unterzeichnet werden darf und der Vertrag insgesamt unwirksam wird, wenn sich die Vorbehalte nicht als wirksam erweisen sollten. Es bleibt abzuwarten, wie jetzt in der Hauptsache entschieden wird. Die Rechte des Deutschen Bundestages sind durch die heutige Entscheidung gestärkt und nicht geschwächt worden.“

Rede

10.07.2012 – Gregor Gysi

»Wenn dieser nach unserer Auffassung falsche Weg gestoppt wird, bauen sich Gefahren für den Euro sogar ab«
Einlassung von Gregor Gysi am 10. Juli 2012 in der mündlichen Verhandlung des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichts über mehrere Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung nach § 32 BVerfGG. Die Anträge sind darauf

gerichtet, dem Bundespräsidenten bis zur Entscheidung über die jeweilige Hauptsache zu untersagen, die von Bundestag und Bundesrat am 29. Juni 2012 als Maßnahmen zur Bewältigung der Staatsschuldenkrise im Euro-Währungsgebiet beschlossenen Gesetze zu unterzeichnen und auszufertigen.

Herr Präsident, Hoher Senat, bisher musste das Bundesverfassungsgericht noch nie durch eine einstweilige Anordnung dem Bundespräsidenten untersagen, die Unterschrift unter Gesetze zu setzen, um deren Inkrafttreten zu verhindern. Es gab immer eine Verständigung zwischen beiden Bundesorganen, dass der Bundespräsident bis zur Entscheidung im Hauptsacheverfahren mit seiner Unterschrift wartete. Offenkundig steht der Bundespräsident diesmal zu sehr unter Druck der Bundesregierung und leistete ohne eine einstweilige Anordnung durch Sie vor Abschluss des Hauptsacheverfahrens die Unterschrift. Damit stehen aber auch Sie meine Damen und Herren Richter des Bundesverfassungsgerichts nicht nur vor einer neuen, nicht nur vor einer erstmaligen, sondern auch vor einer schwierigen Entscheidung.

Noch schwieriger wird aber die Entscheidung im Hauptsacheverfahren. Wenn Sie unsere Organklage und bzw. oder die Verfassungsbeschwerde vollständig oder zumindest teilweise für begründet halten sollten, genügte es nicht, dass Sie in Begleitgesetze eingriffen. Sie müssten die Ratifizierung beider Verträge untersagen, wenn Sie diese für verfassungswidrig hielten. Auch das wäre völlig neu, erstmalig und eben noch schwieriger, denn

bisher hat das Bundesverfassungsgericht keinen völkerrechtlichen Vertrag und kein vereinbartes EU-Recht für grundgesetzwidrig erklärt. Des Öfteren mögen Ihnen Leute gegenüber sitzen, die heimlich davon träumen, auch mal Bundesverfassungsrichterin oder Bundesverfassungsrichter zu werden, um die eine oder andere Entscheidung mit bewirken zu können. Ich bin aber ziemlich sicher, diesmal beneidet Sie niemand, denn jede und jeder ahnt, vor welcher schwierigen Aufgabe Sie stehen.

Die Regierung argumentiert, dass ohne unverzügliche Ratifizierung des Fiskalpaktes und des dauerhaften Rettungsschirmvertrages - also des ESM-Vertrages - der Euro gefährdet sei und außerdem ihr politischer Spielraum innerhalb der Europäischen Union erheblich eingeschränkt wäre. Ich halte beide Argumente nicht für stichhaltig. Für Zypern, Griechenland und Spanien verfügt der ESFS, d.h. der Vorläufer des ESM, über genügend finanzielle Mittel. Sollte ein Antrag von Italien hinzu kommen, wäre höchstwahrscheinlich nicht nur der ESFS, sondern auch der ESM überfordert. Außerdem wird der Euro nach unserer Auffassung dadurch gefährdet, dass in allen betroffenen Ländern unter Strukturveränderungen überwiegend die Kürzung von Investitionen, Löhnen und Renten sowie von Sozialleistungen durchgesetzt wird. Das bedeutet nicht nur Sozialabbau, sondern dadurch sinkt in diesen Ländern auch die Wirtschaftsleistung, gehen die Steuereinnahmen zurück, so dass eine Rückzahlung von Darlehen durch die Regierungen kaum möglich erscheint und die Einschätzung der Zahlungsfähigkeit der Länder durch

Ratingagenturen immer negativer wird. Wenn dieser nach unserer Auffassung falsche Weg gestoppt wird, bauen sich Gefahren für den Euro sogar ab. Und hinsichtlich des Spielraums der Bundesregierung sehen wir die Angelegenheit auch umgekehrt. Unseres Erachtens hat das Bundesverfassungsgericht schon in seinem Urteil zum Lissabon-Vertrag zum Ausdruck gebracht, dass die rote Haltelinie des Grundgesetzes erreicht ist und beim nächsten Schritt zur Bildung einer europäischen Föderation überschritten wird. Trotzdem sind die Regierung, der Bundestag und der Bundesrat mit diesen beiden Verträgen die nächsten Schritte über eine Schulden- und Fiskalunion gegangen. Wenn Sie als Bundesverfassungsgericht keine einstweilige Anordnung erließen und in Ihrer Entscheidung nach dem Hauptsacheverfahren noch deutlicher erklärten, dass beim nächsten Schritt zur Bildung einer europäischen Föderationsstruktur die Grundgesetzwidrigkeit gegeben sei, erhöhte dies doch nicht den Spielraum der Bundesregierung. Im Gegenteil. Was sollte die Regierung noch an neuen Schritten verhandeln, wenn sie davon ausgehen müsste, dass jeder weitere Schritt sie in die Grundgesetzwidrigkeit führte.

Wie nicht selten haben der Bundestag, der Bundesrat und die Bundesregierung Zeit verstreichen lassen und Ihnen eine politische Entscheidung aufgebürdet. Sollten Sie nach dem Hauptsacheverfahren sogar ein Urteil dahingehend fällen, dass das 1949 verabschiedete Grundgesetz nicht für eine europäische Föderation geschrieben wurde und deshalb nicht länger über Hintertüren Schritt für Schritt eine solche Föderation geschaffen werden darf, sondern

gemäß Art. 146 des GG eine neue Verfassung geschrieben werden muss, die durch Volksentscheid zu bestätigen ist, eröffneten Sie breite Möglichkeiten für den Bundestag, den Bundesrat, die Bundesregierung und vor allem die Bevölkerung unseres Landes. Natürlich sollte eine neue Verfassung zu etwa 90 % Regelungen des Grundgesetzes übernehmen, wenn man insbesondere an die Art. 1, 14, 15 und vom Kern her auch 20 des GG denkt. Unseres Erachtens müssten aber noch wichtige soziale Grundrechte hinzukommen und vor allem wäre eben zu klären, welche europäischen Strukturen als möglich, als zulässig geregelt werden sollen. Politisch geht es uns darum, den Sozialabbau und die Gefährdung der

Demokratie in Europa zu stoppen. Wir wollen die Rechte des Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts, der Bundesländer, der Kommunen und unseres Volkes schützen. Und Sie haben zu entscheiden, ob Sie Ihr Urteil am Ende des Hauptsacheverfahren offen lassen oder nicht. Es widerspricht eigentlich der Natur eines Gerichts, sich vorfristig hinsichtlich seiner Hauptsacheentscheidung zu binden und auch deshalb sollten Sie unserem Antrag entsprechen, eine einstweilige Anordnung zur Unterbindung der Unterschriften des Bundespräsidenten unter die vom Bundestag und Bundesrat beschlossenen Gesetze zu den genannten Verträgen zu erlassen.
Danke.

Auch die EZB wird als Dompteurin der Zocker-Banken versagen

Pressemitteilung der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag,
Axel Troost

„Die Pläne der EU-Kommission für eine europäische Bankenaufsicht gehen am eigentlichen Problem vorbei“, erklärt der finanzpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Axel Troost. „Der aufgeblähte Finanzsektor muss endlich wieder auf ein gesundes Maß geschrumpft werden, indem die risikoreichen und spekulativen Finanzmarktgeschäfte im Banken- und Schattenbankensektor ein für alle Mal gestoppt werden.“

Troost weiter: „Das Konzept der Bankenunion hingegen suggeriert, dass die EZB oder irgendeine europäische Aufsichtsbehörde das heutige extrem komplexe System von Großbanken und Finanzmarktgeschäften kontrollieren und einen sicheren Betrieb gewährleisten könnte. Das gegenwärtige System ist aber nicht beherrschbar. Die bislang erfolgten Re-Regulierungen sind weitgehend zahnlos, das Investment-banking auf eigene Rechnung geht munter weiter und gerade große Banken können weiter davon ausgehen, dass sie notfalls vom Steuerzahler gerettet werden. Erst nach einer massiven Schrumpfung und Re-Regulierung des Finanzsektors haben Aufsichtsbehörden eine realistische Chance, Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen und beherrscht einzugreifen. Dazu muss sich natürlich auch die Kultur der Aufsicht ändern. Finanzaufsicht darf nicht länger als Einschränkung der Freiheitsrechte von Finanz-Jongleuren angesehen werden. Sie ist vielmehr der Schutz des Gemeinwohls und der Realwirtschaft vor den Risiken der latent größtenwahnsinnigen Finanzbranche.“

Auf in die Altmark: Krieg beginnt hier! Wir stoppen ihn hier!

Solidaritätserklärung des Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden (BAK AuF) von Linksjugend [‘solid] und DieLinke.SDS mit dem antimilitaristischen Camp „War starts here“

Laut der Polizei in Magdeburg sind alle Versammlungen unter freiem Himmel im Umkreis des Gefechtsübungsentrums (GÜZ) der Bundeswehr in der sachsen-anhaltischen Altmark für eine Woche (mit Beginn am 10.9.) untersagt worden. Dabei handelt es sich um das umfangreichste Versammlungsverbot in der Geschichte Sachsens-Anhalts. De facto hat es zur Folge, dass das seit Monaten für den Zeitraum vom 12. bis zum 17.9.2012 geplante antimilitaristische Diskussions- und Aktionscamp „War starts here“, nicht legal im Umkreis des GÜZ stattfinden kann. Das Camp richtet sich gegen die Kriegsvorbereitungen der Bundesrepublik Deutschland (BRD) und anderer westlich-imperialistischer Staaten. Das GÜZ ist der größte Truppenübungsplatz Europas und wird vom „Rheinmetall Dienstleistungszentrum Altmark GmbH“, einer Tochter eines der bedeutendsten deutschen Rüstungsunternehmen, der Rheinmetall AG, betrieben. Auf dem GÜZ werden jährlich große Kontingente SoldatInnen der Bundeswehr, der EU- und NATO-Mitglieder für die Aufstandsbekämpfung und Interventionskriege ausgebildet.

Nach „Blockupy Frankfurt“ wird durch die temporäre Suspendierung des Grundgesetzes innerhalb nur weniger Monate das zweite Mal legaler außerparlamentarischer Protest in der BRD per Gerichtsbeschluss verboten und das Grund-

gesetz von den staatlichen Behörden zum wiederholten Male mit den Füßen getreten. Offenbar sind die bürgerlichen Grundrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit nur Papiertiger, wenn sich die Widersprüche zwischen imperialistischem Status Quo der kapitalistischen Gesellschaft und dem Widerstand dagegen zuspitzen.

Dabei ist der Protest gegen die imperialistische Politik der BRD heute notwendiger denn je seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Die derzeit zwölf Auslandseinsätze der Bundeswehr, der längste und größte Krieg von deutschem Boden seit 1945 in Afghanistan, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Syriens, die seit Jahren intensivierte zivilmilitärische Kooperation, die Propaganda und Rekrutierung an Schulen, Universitäten, Jobcentern und bei öffentlichen Anlässen, die aktuelle Bundeswehrreform („Vom Einsatz her denken“), der historische Dammbbruch, den Einsatz der Bun-

deswehr im Inneren zu erlauben, und die steigenden Gewinnmargen der deutschen Rüstungsindustrie zeigen sehr deutlich, welchen Weg die herrschende Klasse der Bundesrepublik seit dem Ende des „Kalten Krieges“ verfolgt. Krieg ist bereits heute für sie ein unentbehrliches Instrument der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Protest und Widerstand gegen die imperialistische und militaristische Kriegspolitik im Aus- und Inland ist daher eine Pflicht für alle, die an einer Perspektive einer Gesellschaft in Frieden aufrecht erhalten wollen. Wir fordern alle friedensbewegten, antimilitaristischen und antiimperialistischen Kräfte auf, das Camp „War starts here“ personell, finanziell, organisatorisch, medial, mit anderen Worten: politisch zu unterstützen.

Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden von Linksjugend [‘solid] und DieLinke.SDS

Aus der Stadtvorstandssitzung am 05.09.2012

(mb) Der Stadtvorstand hat sich in seiner Sitzung eingehend zu den Oberbürgermeisterwahlen in Halle verständigt. Grundlage war ein von Swen erarbeitetes Papier, das sich einerseits durch ein umfangreiches Tabellenwerk zum Beispiel zur Wählerwanderung, als auch durch die detaillierte Betrachtung der einzelnen Kandidaten auszeichnet. Sechs Fragen hat er herausgearbeitet, die in der anschließenden Diskussion auch die zentralen Diskussionspunkte waren:

1. Hat das bundesweite Erscheinungsbild der LINKEN das Wahl-

ergebnis beeinflusst?

2. Wie war die Wahrnehmung des Kandidaten?

3. Haben potentielle Wähler der LINKEN strategisch gewählt?

4. War die Kandidatur überzeugend?

5. Hat der Wahlkampf vermitteln gekonnt, dass DIE LINKE einen OB Knöchel wollte?

6. Ist es der LINKEN gelungen, im Wahlkampf eigenständige Themen zu setzen und Lösungskompetenz zu vermitteln?

Swen gab zunächst eine kurze Einführung zu den Papieren.

Ein gemeinsamer Tenor der Mitglieder des Stadtvorstandes war, dass Swen einen sehr engagierten Wahlkampf geführt hat und wir z. B. auf dem Zugewinn seines Bekanntheitsgrades in der Stadt aufbauen können.

Die Einschätzung durch Reiner Strutz von der TRIALON Marketing & Kommunikation GmbH, welche uns im Wahlkampf betreut hat, war auch, was das Engagement von Swen betraf, positiv. Allerdings wurde auch das Engagement unserer Basis hinterfragt. Den Punkt 5 des Fragenkatalogs beantwortete der Wahlleiter René Trömel mit der Einschätzung: Wir konnten es wohl nicht wirklich vermitteln; Teil der Genossen hat wohl Swen als Notlösung aufgefasst; es fehlte die Unterstützung von herausragenden Leuten, wie z. B. durch den Stadtratsfraktionsvorsitzen. Weitestgehend einhellig war die Meinung zur Stellung Bernd Wiegands bei dieser Wahl. Er hat von der Tatsache profitiert, dass er keiner Partei angehört und von seiner Rolle als Gegenpart zur Oberbürgermeisterin. Es war eine Konstellation, die wir so in Halle noch nicht hatten. Dirk Gernhardt von der linksjugend [‘solid] verwies auch noch einmal auf die äußerst geringe Wahlbeteiligung auf der Silberhöhe hin und dass wir beachten sollten, dass Bürger, die in Wahlforen gehen, nur einen minimalen Teil der Wählerschaft abbilden. Auch planerisch/organisatorisch können wir sicher noch eine ganze Menge verbessern. Einen interessanten Aspekt brachte René noch in die Diskussion: Sollten wir nicht überlegen, künftig älteren oder beeinträchtigten Genossinnen und Genossen nicht nur von der Mög-

lichkeit der Briefwahl Kenntnis zu geben, sondern sie auch tätig zu unterstützen. Swen legte auch noch dar, dass wir uns Gedanken machen müssen, wie wir z. B. auch im Vorfeld der Kommunalwahlen linke Gesichter in der Kommune ver-

ankern.

Alles in allem war es eine fruchtbare Diskussion, auch schon mit dem Blick auf die kommenden Bundestagswahlen. Auf unserer Klausurtagung im Oktober wird die Wahl ebenfalls noch einmal Thema sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Halle beherbergt in diesem Herbst nicht nur den Landesparteitag der LINKEN, sondern auch die Landesmitgliederversammlung der Linksjugend [‘solid].

Unser Verband wächst stetig, so wollen wir in diesem Jahr unser LMV erstmalig auf zwei Tage ausdehnen, um genug Zeit für politische Diskussionen, Anträge und Wahlen zu haben. Da wir stetig größer werden, erwarten wir in diesem Jahr natürlich auch einen TeilnehmerInnen-Rekord bei unserer LMV. Unsere Finanzen sind dabei nicht unerschöpflich und dabei brauchen wir nun eure Hilfe: Am 24. und 25. November 2012 soll die LMV stattfinden. Wir brauchen also in der Nacht von Samstag zu Sonntag viele Schlafplätze, um alle GenossInnen möglichst günstig unterzubringen.

Wenn ihr also Platz habt, einem jungen Genossen/ einer jungen Genossin eine Möglichkeit zum Schlafen anzubieten, würden wir uns sehr freuen. Dabei muss es auch nicht sehr komfortabel sein, ein Platz zum Ausrollen einer Isomatte und eines Schlafsacks genügt schon. Wenn ihr etwas anbieten könnt, freuen wir uns über Meldungen an: anne.geschonneck@googlemail.com.

Mit solidarischen Grüßen,

Anne

für den LandessprecherInnenrat der Linksjugend [‘solid] Sachsen-Anhalt.

Kommunalpolitische Werkstatt Frauen laden ein:

Veranstalter: kommunalpolitisches forum Sachsen-Anhalt e.V.

Wann?

22. September 2012

Wo?

**Multimediazentrum,
Mansfelder Straße 56,
06108 Halle (Saale)**

Uhrzeit?

von 10:00 bis 15:30 Uhr

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 650 Exemplare

Spendeerbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
13.09.2012

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.09.2012

Streik für Mindestlohn beim Sparkassen-Callcenter unterstützen

Sonderinfo vom 4. 9. 2012:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, seit Anfang Juli streiken in Halle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der S Direkt-Marketing GmbH, einem Callcenter dessen Auftraggeber Sparkassen bundesweit sind. Sie fordern für ihr Unternehmen einen Tarifvertrag, bislang erfolglos. Es geht ihnen um einen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Über die Ziele des Streiks und die zahlreichen Aktionen könnt Ihr Euch auf der Seite der ver.di-S-Direkt-Betriebsgruppe informieren.

Warum wenden wir uns an Euch, als Kommunalpolitiker?

Wir wollen den Arbeitskampf der Beschäftigten der S Direkt-Marketing GmbH mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen. Die Auftraggeber der S Direkt-Marketing GmbH sind die Sparkassen. Träger der Sparkassen sind Städte, Landkreise oder Zweckverbände. Über Anfragen und Beschlüsse in den Räten können wir zum Beispiel auf die Mitglieder in den Verwaltungsräten der Sparkasse einwirken. Zwar sind die Verträge selbst Sache des Vorstandes. Die von den Räten entsandten Mitglieder der Verwaltungsräte können sie aber im Rahmen ihrer Überwachungsfunktion im Verwaltungsrat (§ 8 I SpkG-LSA) hinterfragen und thematisieren. Dazu haben wir Musteranträge erarbeitet.

Die Mitglieder, die von der LINKEN in den Verwaltungsrat der

Sparkasse entsandt wurden, können auch von sich aus im Verwaltungsrat aktiv werden. Zu empfehlen ist auch, mit den anderen Mitgliedern des Verwaltungsrates direkt ins Gespräch zu kommen.

Es gibt folgende Möglichkeiten, in den kommunalen Vertretungen und in den Verwaltungsräten der Sparkassen aktiv zu werden:

- Ein Antrag, mit dem Mitglieder des Verwaltungsrates der Sparkasse aufgefordert werden, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen und ein entsprechender Beschluss des Verwaltungsrates herbeigeführt wird - hier findet ihr einen entsprechenden Musterantrag.

- Mitglieder des Verwaltungsrates mit dem Mandat der LINKEN (und wenn möglich mit weiteren Verwaltungsratsmitgliedern) sollten einen Brief an den Aufsichtsrat der S Direkt-Marketing GmbH senden, mit der Aufforderung, für eine aus Sicht der Beschäftigten zufriedenstellende Lösung des Tarifkonflikts zu sorgen. Einen Musterbrief findet ihr hier. Eine Liste der Aufsichtsratsmitglieder mit Postadressen kann hier eingesehen werden.

- Mitglieder des Verwaltungsrates mit dem Mandat der LINKEN können von sich aus beantragen, dass das Thema auf die Tagesordnung des Verwaltungsrates gesetzt wird. Thematisiert werden sollte die zukünftige Vertragsgestaltung. Es muss sichergestellt werden, dass die an die S Direkt-Marketing GmbH gezahlten Entgelte einen auskömmlichen Tariflohn für die Angestellten des Call-Centers ermöglichen. In diesem Zusammenhang bieten sich vielleicht folgende

Fragen in den Verwaltungsräten an:

1. Besteht zwischen der Sparkasse ... und der S Direkt-Marketing GmbH ein Vertragsverhältnis?
2. Wie lange besteht das Vertragsverhältnis?
3. Hat der Vorstand bei Vertragsabschluss berücksichtigt, dass die für die Telefondienstleistungen gezahlten Entgelte insoweit auskömmlich sein müssen, dass der Auftragnehmer tarifgerecht lohnen kann?
4. Ist dem Vorstand bekannt, dass es bei der S Marketing-Direkt GmbH keinen Tarifvertrag gibt?
5. Beabsichtigt der Vorstand bei künftigen Vertragsverhandlungen, die Auskömmlichkeit der Entgelte zu überprüfen.

Bitte verlangt, dass über das Vertragsverhältnis regelmäßig berichtet wird und hinterfragt ggf. weitere Verträge über outgesourcte Leistungen Eurer Sparkasse.

Wir als LINKE fordern seit Jahren auskömmliche Entgelte und mehr Tarifbindung ein. Die Aktionen der S-Direkt-Beschäftigten vor Ort wurden bereits von Abgeordneten der LINKEN unterstützt.

Wir würden uns freuen, wenn Ihr die Anregungen auf örtlicher Ebene umsetzt und mit Pressearbeit begleitet.

Für Rückfragen und Rückmeldungen stehen wir gern zur Verfügung.

Beste Grüße

Sabine Zimmermann MdB,

Arbeitsmarktpolitische Sprecherin
Petra Sitte MdB,

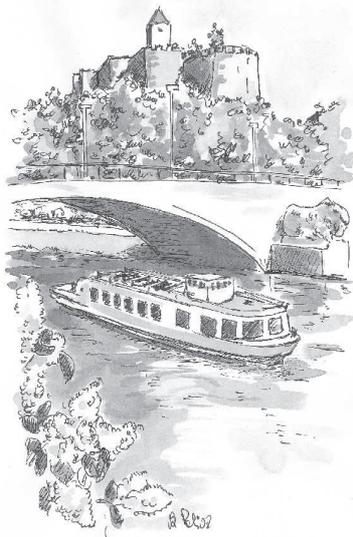
Direktgewählte Abgeordnete in Halle

Buchtipps + Neuerscheinungen +

Halle-Kalender

Vor wenigen Tagen ist der Halle-Kalender „Halle (Saale) 2013“ erschienen.

Mitgewirkt an diesem Kalender haben erneut Künstler aus Halle und dem Saalekreis, so Peter Maaß und Klaus Rebsch. Zu den zwölf Motiven zählen dieses Mal unter anderem die „Neue Residenz“, die „Alte Freyberg-Brauerei“, die Große Ulrichstraße, die Saline, die Brücke Forstwerder, die Stephanuskirche, der Marktplatz, die Klausbrücke und andere.



Gleichzeitig ist auch ein Postkartenkalender erschienen.

Die Kalender ist in den halleschen Buchhandlungen, in Galerien, in der Tourist-Information und bei Galeria Kaufhof erhältlich.

Wandkalender „Halle Saale 2013“, Preis 15,00 Euro, Spiralbindung, Format ca. 35 x 42 cm, mehrfarbig.

Postkartenkalender „Halle Saale 2013“, Preis 5,00 Euro, Format ca. 10,5 x 24 cm, mehrfarbig.

Ein Roman über das jüdische Getto in Lodz

Pragmatiker oder Monster? In seinem Roman über das jüdische Getto in Lodz stellt Steve Sem-Sandberg die Frage nach den Mechanismen der Unterdrückung, dem Moment, in dem die Anpassung unerträglich wird. Auch für einen Verräter wie den Judenältesten Mordechai Chaim Rumkowski. Der einzigartige Roman „Die Elenden von Lodz“ porträtiert neben Rumkowski das Leben zahlreicher Gettobewohner und gibt ihnen so Namen und Schicksal. „Wie ein Historiker beschwört Steve Sem-Sandberg die Vergangenheit, wie ein Romancier erhöhter Geschichte ins Allgemeingültige...“ schrieb Ilija Trojanow.

Steve Sem-Sandberg „Die Elenden von Lodz“, Klett-Cotta Verlag, 651 Seiten, gebunden, ISBN 978-3-608-93897-5, Preis: 26,95 Euro.

Kleine Abrechnung mit einem großem Irrtum

1961 feierte die Stadt Halle ein grandioses Fest: 1000 Jahre war sie alt geworden.

Die Partei nahm das Jubiläum zum Anlass den „Sieg des Sozialismus“ zu demonstrieren. Das Buch zeigt den historischen Festumzug mit Fotos aus mehreren Sammlungen.

Simone Trieder „1000 Jahre Halle - 1961 Kleine Abrechnung mit einem großem Irrtum“

Herausgeber: Peter Gerlach und Moritz Götze. Hasenverlag, Heft Nr. 24; Broschur, 20,0 x 14,8 cm, 112 Seiten, 125 s/w Fotos und 10 s/w Abbildungen

sowie ein von Moritz Götze coloriertes s/w Coverfoto

Fotoauswahl: Werner Schönfeld

ISBN: 9783939468615

Preis: 13.80 Euro.

Die Arche Noah

Die Rettung der Menschheit und Tiergeschlechter bewerkstelligt man nicht nebenbei: Die Behörden fordern eine siebenfache Ausfertigung der Baupläne für die Arche, der ein oder anderen Tiergattung muss mitgeteilt werden, dass sie leider nicht auf der Passagierliste steht, und das Leben auf der Arche fordert Noahs ganze Improvisationskunst. Gewitzt und liebenswert meistert Erich Schmitts Noah den biblischen Alltag und bringt Gutmenschen und Bösewichter, Schmusekatzen und Stinkstiefel, Nutztier und Störvieh wieder ins Trockene.

Erich Schmitt (1924–1984) war der bekannteste Karikaturist und Comiczeichner der DDR. Seine Zeichnungen erschienen im »Eulenspiegel«, in der »Wochenpost«, vor allem aber in der »Berliner Zeitung«.

Erich Schmitt „Arche Noah“
ISBN 978-3-359-02367-8
128 Seiten, 11,4 x 17,7 cm
durchg. Zeichnungen, brosch.
Eulenspiegelverlag,
Preis: 6,99 Euro.

Alle diese Titel können über den Verlag & Verlagsservice, Fa. Schneidewind bestellt werden. Telefonisch über (0345) 5170956 oder per Email: kontakt@verlag-schneidewind.de.